

Keine Verzweigung der Deutschen Welle!

Der weltweit tätige Auslandssender muss gestärkt werden

geschrieben von Christian Höppner

Die Deutsche Welle (DW) als Deutschlands internationale Informationsanbieterin, die weltweit journalistische Angebote verbreitet – regionalisiert, dialogisch, multimedial – und mit ihren TV-, Online- und Radioangeboten wöchentlich 337 Millionen Nutzer in 32 Sprachen erreicht, sowie zusammen mit der DW-Akademie die Entwicklung freier Medien in mehr als 50 Ländern unterstützt, erlebt eine dramatische Zäsur in ihrer Geschichte. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat ihren Zuschuss für das Jahr 2026 um 10 Millionen Euro auf insgesamt 415 Millionen Euro gekürzt. Dazu kommen fehlende Ausgleichszahlungen für moderate Tarifierhöhungen in Höhe von weiteren 11 Millionen Euro. Das Ergebnis: Ein Kürzungspaket von 21 Millionen Euro, das tief in den gesetzlich verankerten Kernauftrag der DW eingreift. Diese Entwicklung bedroht nicht nur die operative Leistungsfähigkeit des Senders, sondern auch seine grundlegende gesellschaftspolitische Funktion als Brücke zwischen Deutschland und der Welt. In einer eigens einberufenen Krisensitzung haben der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat den detaillierten Umsetzungsplan der Intendantin Barbara Massing einstimmig gebilligt. Der Plan ist die Konsequenz politisch erzwungener Kürzungen und mit gravierenden Einschnitten beim Personal, dem Programm und den Investitionen verbunden.

Der Stellenabbau, rechnerisch sind 160 Vollzeitäquivalente betroffen, soll sozialverträglich umgesetzt werden – ohne betriebsbedingte Kündigungen, stattdessen durch Altersteilzeit, freiwillige Abgänge und natürliche Fluktuation. Die Kürzungen lösen Existenzängste bei den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus, die als Muttersprachler mit ihrem spezialisierten Wissen und kulturellen Erfahrungsschatz wenig Chancen einer anderweitigen Beschäftigung im Medienmarkt haben. Diese soziale Härte findet bisher in der öffentlichen Debatte viel zu wenig Beachtung. Die insgesamt rund 3.700 festen und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hochmotiviert der Deutschen Welle mit Herz und Verstand verbunden sind, bilden das Fundament für den immensen Erfolg der Deutschen Welle, der sich nicht nur an Reichweite und Relevanz messen lässt.

Zu den Kürzungsmaßnahmen gehört die vollständige Einstellung des griechischsprachigen Dienstes nach mehr als 60 Jahren ununterbrochener Ausstrahlung. Dieser Dienst hatte bereits während der griechischen Militärdiktatur und in der Eurokrise als verlässlicher Kanal unabhängiger Berichterstattung gedient und die deutsch-griechischen Beziehungen nachhaltig geprägt. Weitere Reduktionen betreffen die Budgets für das Portugiesisch-Angebot für Afrika sowie für Dari/Paschtu mit Fokus auf Afghanistan. Die spanischsprachigen TV-Nachrichten verlieren Mittel, wobei Prime-Time-Produktionen priorisiert bleiben. Komplett gestrichen werden mehrere etablierte Formate: das russischsprachige Satiremagazin »Zapovednik« als externe Produktion, das Kunst- und Kulturmagazin »Arts Unveiled«, das Debattenformat »Auf den Punkt« in allen Sprachversionen, das Wissenschaftsmagazin »Tomorrow Today« auf Portugiesisch mit Schwerpunkt Brasilien, das Umweltmagazin »Eco Africa« auf Portugiesisch sowie das Europa-Magazin »Europeo« in sieben Sprachen. Auch das deutschsprachige journalistische Angebot wird grundlegend umstrukturiert: Es fusioniert mit den Deutschlernkursen, was das verfügbare Budget nahezu halbiert. Das neue hybride Produkt richtet sich an fortgeschrittene Lerner ab Sprachniveau B1/B2 außerhalb der DACH-Region und verbindet unabhängigen Journalismus mit praktischem Orientierungswissen zu Leben und Arbeiten in Deutschland und Europa.

Mehr als ein Drittel der gesamten Einsparungen – also rund sieben Millionen Euro – entfällt auf Bereiche außerhalb des Programmbetriebs: Infrastruktur, Verwaltung, Weiterbildungsmaßnahmen, Veranstaltungen, technische Ausstattung, die Weiterentwicklung digitaler Apps sowie Sanierungsprojekte für Gebäude. Die Einrichtung neuer Auslandspräsenzen wird verzögert, Produktion und Vertrieb weiter rationalisiert. Die DW plant zudem den verstärkten Einsatz von

Künstlicher Intelligenz zur Steigerung der Effizienz.

Gesellschaftlich wirken die Kürzungen tiefgreifend: Reichweite und Relevanz schrumpfen, die jahrelang betriebene Qualitätsoffensive gerät ins Stocken, dringend erforderliche Investitionen in die digitale Transformation werden in die Zukunft verschoben. In einer polarisierten Welt, geprägt von Desinformation, Fake News und hybriden Bedrohungen, verliert Deutschland so an Präsenz und Einfluss.

Die DW fördert nicht nur reine Information, sondern auch kulturelle Teilhabe, Sprachkompetenz und wertebasierte Orientierung. Die Kürzungen stehen im Widerspruch zu gesellschaftspolitischen Zielen wie Diversifikation, europäischer Integration und der Stärkung des kulturellen Austauschs. Diese politisch zu verantwortenden Kürzungen schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Welle in einem global umkämpften Medienraum erheblich. In einer Zeit geopolitischer Verwerfungen und Umbrüche, in der weltweit der Autoritarismus zunimmt, Russland, China und der Iran ihre Propagandasender massiv ausbauen, die USA sich De-facto aus dem Auslandsrundfunk zurückziehen, Deutschland und Europa dringender denn je neue Allianzen suchen, ist dieses politische Signal der Verzweigung der »Stimme der Freiheit« kontraproduktiv und fahrlässig. Leider hat der Beauftragte für Kultur und Medien beim Bundeskanzler, Kulturstatsminister Wolfram Weimer, seit seinem Amtsantritt kein Engagement für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Deutschen Welle erkennen lassen, sodass der Eindruck entstehen könnte, dass der größte Einzelposten im Haushalt des BKM zum Steinbruch anderweitiger Finanzierungswünsche mutiert sei. Die Prioritäten werden bei einem erfreulich gestiegenen Gesamtetat der BKM offenkundig nicht zu Gunsten der Deutschen Welle gesetzt, weder bei der Haushaltsanmeldung der Bundesregierung an das Parlament, noch in dem parlamentarischen Beratungsprozess bis hin zur Bereinigungssitzung, in dessen Verlauf Weimers Amtsvorgänger immer wieder die Gespräche mit den Abgeordneten erfolgreich suchten.

Die Vorstellungen des Kulturstatsministers über die Zukunft der Deutschen Welle werden von Gerüchten begleitet und im Rundfunkrat, dessen Mitglied Weimer ist, nicht beantwortet. In dieser Gemengelage taucht die alte Idee einer Verlagerung der Ressortzuständigkeit in das Auswärtige Amt wieder auf, die auf Sicht eine zu diskutierende Option sein könnte.

Die Deutsche Welle ist die Marke der Freiheit, steht für unabhängigen, exzellenten Journalismus, starke Präsenz und KI-Transformation. Zur DNA der Deutschen Welle gehört der Muttersprachler-Journalismus, mit dem sich ein Höchstmaß an Authentizität und Glaubwürdigkeit verbindet. Im weltweiten Medienwettbewerb muss diese unabhängige Stimme gestärkt werden. Die Deutsche Welle ist kein Instrument der Sicherheitspolitik, doch sie leistet einen essenziellen Beitrag zur Soft Power. Sie gewinnt strategische Partner, konterkariert gezielte Desinformationskampagnen und stärkt die Werte eines regelbasierten, dem Völkerrecht verpflichteten Zusammenlebens. In eigener Verantwortung hebt die Deutsche Welle bereits Synergien durch die Zusammenarbeit mit anderen Sendern. Das ist aber jeweils eine strategische und journalistische Entscheidung, die von der Intendantin und den Gremien verantwortet werden muss und nicht staatlich verordnet werden darf. Die aktuelle Kürzung steht in direktem Widerspruch zum Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD, der eine deutliche Stärkung der DW explizit vorsieht. Es handelt sich bereits um das zweite große Kürzungspaket innerhalb von nur zwei Jahren – nach einem 20-Millionen-Euro-Paket zuvor.

Es liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse unseres Landes und in der Verantwortung von Bundestag sowie Bundesregierung, die Deutsche Welle als Juwel journalistischer Unabhängigkeit und Exzellenz gerade jetzt weiter zu stärken. Dazu braucht es spätestens mit dem Eckwertebeschluss des Bundeskabinetts im März 2026, sowie der Positionierung der Fraktionsspitzen der Regierungsparteien ein eindeutiges Signal für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Deutschen Welle. Sollten diese belastbaren Signale politischer Willensbekundung nicht erfolgen, muss mit der Umsetzung des Kürzungsplans im März begonnen werden. Die Bereinigungssitzung im November und den nachfolgenden Beschluss des Deutschen Bundestages für den Haushalt 2027 abzuwarten, würde die Problemlage unverantwortlich verschärfen. Deshalb braucht es nicht nur die vollständige Deckung der Tarifierhöhungen ab diesem Jahr, sondern

auch einen spürbaren Zuwachs für die Erhaltung der Programmvvielfalt, die Weiterentwicklung digitaler Angebote und den Personalbedarf.

In Bezug auf die investierten Steuermittel erzielt die DW ein Vielfaches an Reichweite und Relevanz. Eine Verzweigung wäre geopolitisch fatal und gesellschaftlich unverantwortlich.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 3/2026](#)